
Aktiv für Barsinghausen

Fraktion im Rat der Stadt Barsinghausen

Pressemitteilung

An alle Medienvertreter
im Gebiet der Stadt Barsinghausen

Barsinghausen, d. 25.2.2014

Die Fraktion AfB lehnt zusätzliche Steuererhöhung ab

Im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes wurde beschlossen, Einladungen und Informationen an die Ratsmitglieder zukünftig nur noch online zu übermitteln. Der Haushalt der Stadt Barsinghausen soll durch die Einsparung von Personal-, Druck- und Portokosten jährlich um 63.300 Euro entlastet werden.

In der zur Klärung noch offener Fragen eingerichteten Arbeitsgruppe wurde von einigen Fraktionen der Wunsch geäußert, allen Ratsmitgliedern die Möglichkeit einzuräumen, die Sitzungsunterlagen mobil abzurufen. Geplant war dies lediglich über die private Internetverbindung der Ratsmitglieder. Hierzu ist eine Zusatzausstattung der Geräte erforderlich, die so ursprünglich nicht vorgesehen war. Die dadurch entstehenden jährlichen Mehrkosten in Höhe von 5.545,80 € sollen über den Haushalt der Stadt Barsinghausen finanziert werden. Nun schlägt die Verwaltung in der Vorlage für den Finanzausschuss zur Kompensation dieser Mehrkosten die Erhöhung einer Steuer vor.

Frau Klein, die als Vertreterin der AfB der Arbeitsgruppe angehörte, hat sich auf deren Sitzung im Januar mehrfach vehement gegen eine solche Kostenübernahme ausgesprochen und auf die Notwendigkeit der Einhaltung der HSK-Maßnahme hingewiesen. Sie hat deutlich gemacht, dass es ihrer Meinung nach keine Kompensationsmöglichkeit zum Ausgleich der Mehrkosten gibt.

Leider hat der Standpunkt der AfB keine Berücksichtigung in der Vorlage der Verwaltung gefunden.

Der Rat der Stadt Barsinghausen nötigt den Vereinen und Initiativen im Zuge der notwendigen Entschuldung vieles ab. Förderungsgelder werden reduziert, Budgets gekürzt, Hallennutzungsgebühren erhoben, die Grund- und Gewerbesteuer erhöht, um nur einige Maßnahmen anzusprechen. „Vor diesem Hintergrund ist es unsere Pflicht, bei Maßnahmen, die die Ratsmitglieder betreffen, die gleichen Maßstäbe anzulegen. Keine Extra-Wurst für Ratsmitglieder“, fordert Bettina Klein.

Klein und Beckmann befürchten dass das politische Entscheidungsgremium der Stadt seine Glaubwürdigkeit verliert. „Das wäre ein fatales Zeichen. Wer als Ratsmitglied sein zur Verfügung gestelltes Ipad mit einer Sim-Karte ausrüsten will, möge dieses bitte auf eigene Kosten tun und nicht auf Kosten des Steuerzahlers“ verlangt Klein.

Mit freundlichen Grüßen
Bettina Klein